

Resolution der SP Schweiz

verabschiedet vom Parteitag vom 3./4. Dezember 2016 in Thun

Türkei: Für Frieden, Freiheit und Menschenrechte!

Die Situation in der Türkei verschärft sich seit dem Putschversuch im Juli 2016 von Tag zu Tag: Eine Verhaftungswelle folgt auf die nächste. Das Regime von Präsident Erdogan tritt Rechtsstaat, Menschenrechte und Demokratie mit Füßen. Kritische Kräfte in Politik und Zivilgesellschaft, Kunstschaffende, Intellektuelle und JournalistInnen werden verfolgt, inhaftiert und – so ist zu befürchten – gefoltert. Die Unabhängigkeit der Justiz wird ausgehöhlt, Richter und Staatsanwälte zu Tausenden entlassen. Die Regierung lässt Redaktionen schliessen. Publikationen werden zensiert und verboten, Meinungs- und Medienfreiheit ernsthaft untergraben, auf einen Schlag 370 Nichtregierungsorganisationen verboten, die sich für Menschenrechte, die Opfer der Repression, die Rechte der Frauen oder kurdische Kultur einsetzen. Städte und Dörfer in der Südosttürkei werden zerstört; viele Menschen sind obdachlos. Mit der Festnahme der Vorsitzenden der progressiven Partei der Völker (HDP), Selahattin Demirtaş und Figen Yüksesdağ, und einem Fünftel der HDP-Fraktionsmitglieder hat die Repression in der Türkei einen traurigen Tiefpunkt erreicht. Auch Parlamentsmitglieder der zweiten grossen Opposition, der Republikanischen Volkspartei (CHP), werden mit Strafklagen eingedeckt. Dies ist ein Frontalangriff auf die Demokratie: Gewählte PolitikerInnen sind in der Ausübung ihres Amtes vom Staat zu schützen, auch wenn sie ihr Recht nutzen, den Staat zu kritisieren. Es ist zu befürchten, dass die Türkei die Todesstrafe wieder einführt. Gleichzeitig zeitigt die Aussenpolitik der Türkei in Syrien und im Irak verheerende Wirkungen. Um kurdische Kräfte zu schwächen, nimmt die Türkei sogar eine Stärkung des IS in Kauf. Vieles deutet darauf hin, dass Erdogan die Gewalt eskalieren lässt, um damit von seinem Machtmissbrauch und der grossen Korruption in seiner nächsten Umgebung abzulenken.

Wir dürfen der dramatischen Verletzung von grundlegenden rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht länger zuschauen. Die SP fordert, dass die Schweiz aktiv wird und gegenüber der Türkei auf diplomatischer wie auf politischer Ebene Massnahmen ergreift.

Unsere Forderungen:

- Der Bundesrat muss den politischen Dialog mit der türkischen Regierung intensivieren und Erdogan unmissverständlich an die internationalen Verpflichtungen bezüglich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte erinnern, welche die Türkei als Mitglied der UNO, der OSZE und des Europarates eingegangen ist.
- Der türkische Botschafter in der Schweiz ist ins EDA zu zitieren, um von seiner Regierung die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und die Wiederherstellung des Rechtsstaates einzufordern.
- Der Bundesrat muss diese Themen im Europarat, der OSZE und im UNO-Menschenrechtsrat mit mehr Nachdruck als bisher thematisieren. Die Internationale Gemeinschaft muss Aufklärungsmissionen in die Türkei entsenden und Untersuchungen über Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen einleiten.

- Die Staatssekretärin oder andere hochrangige Diplomaten sollen die inhaftierten Parlamentsmitglieder sowie weitere AmtsinhaberInnen wie Gültan Kıvanç und Fırat Anlı (Co-BürgermeisterIn von Diyarbakır) im Gefängnis besuchen.
- Der Bundesrat soll sich dafür einsetzen, dass hochrangige Delegationen vom IKRK und Antifolterkomitee (CPT) des Europarats ebenfalls solche Gefängnisbesuche durchführen und von der Türkei daran nicht gehindert werden.
- Das Menschenrechtskomitee der Interparlamentarischen Union IPU, das bereits früher erfolgreich in der Türkei inhaftierte Parlamentsmitglieder besucht und freibekommen hat, soll sich erneut mit aller Intensität für die sofortige Freilassung aller inhaftierten Gewählten einsetzen.
- Der Auftrag an den Schweizer Polizeiattaché in der Türkei soll dahingehend präzisiert werden, dass er die Sammlung von Beweisen aktiv unterstützt, um Kriegsverbrechen, Folter und willkürliche Verhaftungen zu dokumentieren, nicht zuletzt mit Blick auf zukünftige Klagen beim Internationalen Strafgerichtshof. Die Schweiz muss alles daran setzen, um der Kultur der Straflosigkeit in der Türkei ein Ende zu bereiten.
- Auch der Schweizer Nachrichtendienst (NDB) soll zur Dokumentation von Kriegsverbrechen, Folter und willkürliche Verhaftungen beitragen. Der NDB muss seine Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst MIT beenden, bis dessen Rolle zur Bewaffnung des IS und zum Anheizen von Gewalt, Repression und Hass geklärt ist.
- Bis zur Wiederherstellung des Rechtsstaates in der Türkei sind die laufenden Verhandlungen zwischen der EFTA und der Türkei über die Weiterentwicklung des Freihandelsabkommens auf Eis zu legen.
- Die Kriegsmaterialausfuhr nach der Türkei und die Unterstützung der türkischen Rüstungsindustrie mit Produktionslizenzen, Spezial-Werkzeugmaschinen und besonderen militärischen Gütern zur Fertigung von Munition, schweren Maschinengewehren und weiterem Kriegsmaterial müssen gestoppt werden, bis in der Türkei Rechtsstaat und Demokratie wieder hergestellt sind.
- Für in der Türkei verfolgte Menschen müssen die bereits bestehende Möglichkeit der humanitären Visa grosszügig gehandhabt werden. Dies soll öffentlich bekannt gemacht werden. Die Schweiz soll generell das Botschaftsasyl wieder einführen.
- Abgewiesene Asylsuchende aus der Türkei dürfen nicht länger zurückgeschafft werden. Es gilt das Non-Refoulement-Prinzip.
- Der SP Parteitag dankt allen Parlamentsmitgliedern aus der Schweiz, die mit gefährdeten Parlamentsmitgliedern in der Türkei Patenschaften eingegangen sind und ruft sie dazu auf, auch in den parlamentarischen Versammlungen von Europarat und OSZE und via IPU aktiv zu werden. Alle müssen ihr zivilgesellschaftliches Engagement für Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Menschenrechte in der Türkei verstärken. Es braucht weitere starke Zeichen der Solidarität, wie dies die Stadt Zürich mit ihrem Brückenschlag zu Diyarbakır getan hat.